

Geschäftsstelle der UOKG

SED-Opfer fordern die Überwachung der Partei DIE LINKE mit allen rechtsstaatlich vertretbaren Mitteln durch den Verfassungsschutz

Berlin, 6. Januar 2011

Mit Erschütterung hat die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) das öffentliche Bekenntnis der Vorsitzenden der Partei DIE LINKE zum Kommunismus zur Kenntnis genommen. Die in DIE LINKE umbenannte ehemalige SED zeigt damit, dass sie heute noch dieselbe menschenverachtende Ideologie wie einst Stalin, Ulbricht und Honecker vertritt. Frau Löttsch fand keinerlei Worte des Bedauerns darüber, dass im vergangenen Jahrhundert 50 bis 100 Millionen Menschenleben der kommunistischen Bewegung zum Opfer fielen. Der Bundesvorsitzende der UOKG Rainer Wagner erklärt: „Die Partei DIE LINKE zeigt durch das Bekenntnis ihrer Vorsitzenden Frau Löttsch zum Kommunismus und der Schützenhilfe durch den zweiten Vorsitzenden Herrn Ernst ihre verfassungsfeindliche Grundhaltung. Die bisher als Außenseitermeinung verkauften ähnlichen Äußerungen durch die Kommunistische Plattform sind durch die Aussagen der Vorsitzenden als Grundüberzeugung der Partei deutlich gemacht worden.“ Im Namen der Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in SBZ und DDR fordert Wagner „die flächendeckende Beobachtung dieser linksextremen Partei durch den Verfassungsschutz in allen Bundesländern. Die Beobachtung der Linkspartei muss aufgrund des gemeinsamen Auftretens von Frau Löttsch und anderen Repräsentanten der Linkspartei mit RAF-Terroristen wie Inge Viett über die bisherige Beobachtung allgemeinzugänglicher Quellen hinaus erweitert werden. Infrage kommen alle rechtsstaatlich vertretbaren Maßnahmen, wie sie auch gegen rechtsextreme Parteien und Gruppierungen eingesetzt werden.“